

V0609/21

Belastung der Mailinger und Feldkirchner Bevölkerung reduzieren
-Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 06.07.2021-

Stadtrat vom 28.10.2021

Die Anträge der Stadtratsfraktionen CSU V0806/21 und SPD V0906/21, sowie der Antrag der Verwaltung V0914/21 werden gemeinsam diskutiert und behandelt.

Oberbürgermeister Dr. Scharpf informiert, dass das Thema bislang nur in zwei Gremien der MVA und des ZKA behandelt worden sei. Wichtig sei, dass dieser Sachverhalt in den Stadtrat eingebracht werde. Weiter erläutert er die Thematik und geht dabei auf die Beschlussvorlage ein. Er merkt an, dass die Vorschrift des Gesetzgebers sei, dass ab dem Jahr 2029 der Klärschlamm der ZKA nicht mehr mitverbrannt und bodenbezogen verwertet werden dürfe. Aus dem Klärschlamm muss Phosphor zukünftig zurückgewonnen werden, diese Aufgabe müsse bis zum Jahr 2029 seitens der Kommune umgesetzt werden. Bereits 2023 müssen alle Kläranlagenbetreiber den zuständigen Behörden ein Konzept vorlegen, wie die zukünftige Klärschlammverwertung und damit auch die Phosphorrückgewinnung sichergestellt werden kann. Weiter verweist er auf die verschiedenen technischen Möglichkeiten, welche in der Beschlussvorlage aufgeführt seien. Das Problem aller Kläranlagenbetreiber sei, wie es mit dem Klärschlamm weiter gehe. Die gemeinsame Überlegung der ZKA und MVA ist es, ein regionales Klärschlammkonzept gemeinsam mit den 5 Landkreisen aus dem Einzugsgebiet der MVA zu realisieren. Vorschlag sei eine eigene Monoverbrennungsanlage bei der MVA, um den Klärschlamm separat zu verbrennen, so dass danach aus der Asche das Phosphat zurückgewonnen werden könne. Eine Umfrage bei 23 bayerischen Kläranlagenbetreibern habe ergeben, dass über 90 Prozent den Weg der Monoverbrennung favorisieren. Nach den Worten von Oberbürgermeister Dr. Scharpf gibt es auch noch andere Verfahren. Dabei verweist er auf die Pyrolyse und den Bau einer solchen Anlage. Es gebe aber noch keine großtechnischen Anlagen und insofern sei dies keine regionale Lösung. Eine weitere Möglichkeit wäre das Wegbringen des Klärschlammes. Bayernoil sei hier mitten in einem Transformationsprozess. Diese haben sich definitiv dazu entschlossen, diesen Weg zu gehen. Oberbürgermeister Dr. Scharpf verweist auf einen morgigen Termin mit den Vertretern von Bayernoil, um die genauen Planungen zu begutachten. Die Vor- und Nachteile der Monoverbrennung sind der Vorlage zu entnehmen. Bei diesem Entsorgungskonzept wären täglich 10 LKW-Fahrten für den Antransport des Klärschlammes und dem Abtransport der Asche nötig. Da die Abluftreinigung bei der MVA sehr gut sei, sei Gestank kein Thema. Oberbürgermeister Dr. Scharpf weist auf ein Gutachten für die externe Betrachtung und Untersuchung der möglichen Klärschlamm Entsorgungswege hin, welches von der ZKA in Auftrag gegeben wurde. Weiter verweist er auf das geplante Stadtratshearing, auf den namhafte Spezialisten zu diesem Thema referieren werden.

Herr Gander berichtet, dass ein Gutachten bei der RWTH in Aachen in Auftrag gegeben wurde, um alle möglichen Klärschlamm Entsorgungsvarianten zu untersuchen und zu bewerten. Dazu erfolgt eine ausführliche Betrachtung der technischen, ökonomischen und ökologischen Rahmenbedingungen. Weiter seien eine CO₂-Bilanzierung und eine Wirtschaftlichkeitsberechnung in Auftrag gegeben worden. Somit haben alle Stadträte noch eine externe Entscheidungsgrundlage. Das Ergebnis des Gutachtens werde am 30.11.2021 beim Hearing vorgestellt. Zum Hearing seien Experten aus ganz Deutschland eingeladen. Herr Gander merkt an, dass er offen für weitere Teilnehmer sei.

Stadträtin Bulling-Schröter bittet, dass auch aus der Pyrolysewissenschaft ein Teilnehmer eingeladen werde. Weiter verweist sie auf weitere Verfahren wie das TCR-Verfahren, die Dampfreformierung, das RSR-Verfahren oder das Grenzebachverfahren. Insofern regt sie an, hier jemanden einzuladen, der über diese ganzen Verfahren referieren könne.

Stadträtin Mader teilt mit, dass das Thema Klärschlamm Entsorgung nicht nur die Bürger aus Mailing-Feldkirchen beschäftigt. Insofern sei das Expertenhearing am 30.11.2021 ein guter Weg zur Information. Damit aber alle Möglichkeiten der Klärschlamm Entsorgung dargestellt werden, sollen noch Herr Prof. Dr. Hornung, der Leiter des Fraunhofer-Institutes für Umwelt-, Sicherheits- und Energietechnik, ein Fachmann des Bund Naturschutzes, Herr Dr. Hakl als Fachmann für Pyrolyse, welcher die Anlage in Bissingen gebaut habe, und ein Vertreter der IG Mailing-Feldkirchen eingeladen werden. Weiter verweist sie auf den Antrag ihrer Fraktion im Hinblick auf die Informationsfahrt nach Fronbach und bittet dahingehend um Klärung. Für die Bürger, die Umwelt und den Klimaschutz müsse die bestmögliche und nachhaltigste Lösung gefunden werden. In dieser Sache gebe es viele technische Neuerungen. Sie regt an, diesen Weg zu gehen.

Seit zweieinhalb Jahren habe die SPD-Stadtratsfraktion deutlich gemacht, dass diese keine Belastung mehr für den Ortsteil Mailing-Feldkirchen haben wolle, so Stadtrat Mittermaier. Die Menschen in den Ortsteilen müssen verstanden werden. Diese haben auf der einen Seite die Donau, auf der anderen Seite die Autobahn und dann die Raffinerie. Zusätzlich gibt es noch die Müllverwertung und die Kläranlage. Die Klärschlammproblematik sei nun das i-Düpfel und bringe den Geduldsfaden fast zum Reißen. Insofern bittet er um eine ernsthafte Lösungsfindung für die Entsorgung des Klärschlammes. Er meine aber nicht, dass dieser in Zukunft aus Ingolstadt herausgefahren werde. Denn so sei Umweltschutz auch nicht zu verstehen.

Stadtrat Dr. Spaeth befasse sich schon lange mit der Problematik. Er habe das Gefühl, dass hier die Zeit davon renne. Es seien nie Entscheidungen getroffen worden. Benötigt werde ein Moratorium, um Zeit zu gewinnen. Aus seiner Sicht sei die Monoverbrennung und auch die Pyrolyse nicht die beste Lösung. Insofern sei es sinnvoll, hier in Richtung Bundestag zu agieren und ein Moratorium anzustreben. Stadtrat Dr. Spaeth halte es aktuell für wenig zielführend, sich jetzt schon festzulegen. Die Frage sei eine vorübergehende Konzeptvergabe bis zum Jahr 2023. Dann können sich Gedanken über eine sinnvolle Organisation in der Region gemacht werden. Dies sei eine kommunale Aufgabe und insofern sei eine dauerhafte Lösung vor Ort am besten. Stadtrat Dr. Spaeth weist darauf hin, dass sich der BZA einstimmig gegen die Monoverbrennung am Standort Mailing ausgesprochen habe. Dies sei ein deutliches Signal, welches ernst zu nehmen sei.

Oberbürgermeister Dr. Scharpf finde es schwierig, dass Kläranlagenbetreiber in die Entscheidung gehetzt werden. Weiter sichert er zu, dass die angesprochenen Personen eingeladen werden. Im Hinblick auf die Informationsfahrt schlägt er vor, das Hearing abzuwarten, um einen besseren Überblick zu erhalten. Seines Erachtens mache es keinen Sinn, sich nur eine Anlage anzusehen.

Die Mitglieder des Stadtrates nehmen den Bericht zur Kenntnis.